

Brauer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Sämmtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Kagerl; — Verfammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämmtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1247. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Kreuzbergstr. 9, Seitenst. I. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: L. Stidel, Frankfurt a. M., Höhenstraße Nr. 32. Vorsitzender der Preß-Kommission: D. Brandt, Linden-Hannover, Mittelstraße 20, 1. Etage.

Nr. 40.

Hannover, den 4. Oktober 1901.

11. Jahrgang.

1885—1891—1901.

(Ein Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Central-Verbandes deutscher Brauer und Berufsge nossen. II.)

Die Anregung zur Verbandsgründung ging von Berlin aus zu Anfang des Jahres 1885, wo nach verschiedenen Mithen und Berathungen ein Verein gegründet war mit einem Eintrittsgeld von 50 Pfg. und einem Beitrag von 30 Pfg. monatlich, der am Tage der Gründung, 3. Januar, bereits 600 Mitglieder zählte. Der Verein schuf auch sofort eine „Bereins-Zeitung“, die im Abonnement von den Mitgliedern bezogen wurde. Herausgeber war Buchdruckereibesitzer Horn, in dessen Druckerei und Verlag auch jetzt das Organ des „Bundes“ erscheint. In der „Bereins-Zeitung“ wurde auch sogleich ein Aufruf zur Verbandsgründung erlassen, sowie ein Entwurf zum Verbandsstatut veröffentlicht. Der Gründung eines Verbandes wurde von den Kollegen vieler Orte des In- und Auslandes lebhaft zugestimmt und folgte auch alsbald die Gründung von Vereinen in verschiedenen Orten, und auch theilweise die Anmeldung zum Verband. Es würde zu weit führen, die Vereinsgründungen der Reihe nach aufzuzählen, in erster Linie interessiert uns die Verbandsentwicklung.

Der erste Delegirten tag, auf dem das Verbandsstatut in den wichtigsten Bestimmungen beschlossen wurde — das Uebrige wurde dem Verbandsvorstand überlassen — fand am 17. August 1885 in Berlin statt. Erschienen waren auf dem Delegirten tag Vertreter aus Hamburg, Leipzig, Stuttgart, Kiel, Dessau, Stettin, Magdeburg, Dresden, Chemnitz, Kassel und Eisleben, im Ganzen 17 Delegirte.

Die Zahl der Mitglieder des Verbandes betrug in Berlin und Umgegend und weiteren 62 Orten ca. 1700, die vom Ausland eingerechnet. Die Eintrittsgelder wurden auf 50 Pf., die Beiträge auf 30 Pf. monatlich festgesetzt. Die Gauvereine hatten jedoch nach dem zur Annahme gelangten Statut nur die Eintrittsgelder an den Verbandsvorstand abzuführen, die Beiträge behielten sie in Selbstverwaltung zur Auszahlung der Unterstützung. Eine Unterstützung für reisende und arbeitslose, ein Jahr dem Verbandsangehörigen Mitglieder wurde festgesetzt auf 50 Pf. pro Tag nach einer Karenzzeit von 4 Wochen und auf die Dauer von 60 Tagen innerhalb eines Jahres. Die Gauvereine sollten halbjährlich mit dem Verbandsvorstand abrechnen, um die Lasten gleichmäßig vertheilen zu können. Nach Bedarf sollte der Verbandsvorstand auch ermächtigt sein, eine Extrasteuer in Höhe eines Monatsbeitrages auszusprechen, einzuziehen und dem jeweils bedürftigen Gauvereine zuzuführen. Die Verwaltungskosten des Verbandsvorstandes und der Gauvereine sollten im Interesse des Verbandes vom Verbandsvermögen bestritten werden. Die Kosten der Delegirten zum Verbandstag sollten die dieselben entsendenden Gauvereine tragen. Von Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse keine Spur in dem Statut. Der Sitz des Verbandes wurde Berlin. Vorsitzender: Satrius. Zur Kasernenverwaltung wurde später ein Kaufmann als Rentant gewählt, welcher 10 Prozent der Einnahme als Provision erhielt. Auf diesem Verbandstag ermächtete sich Kollege Schäfer-Stuttgart besonders für die Einführung einer Altersversorgung von Verbands wegen und hielt einen diesbezüglichen Vortrag.

Bald jedoch stellten sich Schwierigkeiten ein. Die Polizei machte dem Verbandsvorstand Spähne wegen des Wortlauts im Statut, wonach eine Unterstützungskasse vorgesehen war, woraus die Mitglieder ein flagbares Recht auf ihre Unterstützung herleiten konnten. Das griff in das Versicherungswesen hinein, wofür andere Bedingungen und Bestimmungen maßgebend sind. Ferner wegen der Zugehörigkeit außerdeutscher Vereine zum Verband. Die Polizeibehörde von Stettin hatte schon ein Verbandsstatut im März 1886 eingefordert; seitens des Polizeipräsidiums Berlin, welchem das Verbandsstatut zur Genehmigung vorgelegt war, wurde aus obigen Gründen dem Vorstand die Weisung erteilt, die Thätigkeit des Verbandes bis zur Genehmigung einzustellen, andernfalls sich derselbe strafbar mache. Die Verbandsgeschäfte ruhten, Beiträge sollten an den Vorstand nicht mehr geleistet werden. Da wandte sich der Vorstand an Herrn

Dr. Schulz um Rath, worauf durch Aenderung des Wortes „Unterstützungskasse“ in „Hilfsfonds“ im Statut und Hinzufügung, „daß ein Anspruch auf Unterstützung von Niemand erhoben werden kann“, das Hinderniß behoben war, und nach Einreichung dieses abgeänderten Statuts an das Polizeipräsidium Berlin am 20. Mai 1886 dem Vorstand am 28. Mai vom Polizeipräsidium mitgetheilt wurde, daß das Statut einer Genehmigung nicht mehr bedürfe, nachdem durch die Aenderung jeder Unterstützungsanspruch beseitigt worden sei.

Durch das Eingreifen der Polizeibehörde war, weil man sich über das Organisationswesen nicht klar war, eine Anregung innerhalb des Vorstandes erfolgt, eine „eingetragene Genossenschaft“ zu gründen, weil man glaubte, damit den polizeilichen Einmischungen und Verböten zu entgehen. Der Gedanke wurde aber fallen gelassen, als mit dem geänderten Statut das Hinderniß behoben war. Inzwischen wurde aber von Herrn Horn, dem Drucker, Verleger und Redakteur der „Bereins-Zeitung“ zugleich, für „Landesverbände“ statt der „eingetragenen Genossenschaft“ in der „Bereins-Zeitung“ Propaganda gemacht, welche nur dem alljährlich stattfindenden Delegirten tage unterstehen sollten. Herr Horn hatte diese, die Landesverbände betreffenden Abhandlungen in einer Form gebracht, die den Anschein erwecken sollte, als habe sie ein Anderer verfaßt. Zu welchem Zwecke, wollen wir nicht näher untersuchen; diese Mode wurde nicht nur damals beliebt.

Mit dem Datum des 27. Mai erschien dann eine Erwiderung, unterzeichnet von neun Vorstandsmitgliedern, gegen die Horn'sche Propagierung der Landesverbände, und zwar in Form eines Flugblattes, in einer anderen Druckerei hergestellt, weil, wie Penndorf auf dem kurze Zeit darauf stattfindenden 2. Delegirten tag erklärte, die „Bereins-Zeitung“ nichts aufnahm. In dem Flugblatt, das dann bei den Gauvorständen zc. verbreitet wurde, wird die Belassung des Verbandes in der alten Form befohwortet, in Rücksicht auf die größeren Verwaltungskosten der verschiedenen Landesverbände und um eine Zersplitterung zu vermeiden, da ja ein Hinderniß in Folge des abgeänderten Statuts nicht mehr bestände. Ferner wird in dem Flugblatt erklärt, daß die „Bereins-Zeitung“, die Rathgeberin und Bindeglied sein soll, ein dem Verbands fernstehendes Privatunternehmen ist, für welches die Hauptsache Geld zu verdienen ist und das weniger das allgemeine Wohl, als seine Sonderinteressen verfolgt. Es wird auf die Spannung hingewiesen, die zwischen dem Redakteur und dem Vorstande besteht, daß der Verbandsvorstand dem Redakteur un bequem zu werden anfängt, der Redakteur sich dessen Vormundschaft entziehen will, weil er weiß, daß, wenn Landesverbände gegründet werden, er die Seele des Ganzen ist, der Mittelpunkt, um den sich Alles dreht. Ferner wird auch befohwortet, daß die Zeitung Eigentum des Verbandes wird, da sie dann die Hälfte weniger kosten und der Ueberschuß in die Verbandskasse fließen würde. Herr Horn antwortet gegen den Verbandsvorstand bezw. gegen die Verfasser des Flugblattes in der „Bereinszeitung“, theils in Briefkastennotizen, wo er die Handlungsweise des Vorstandes feig und erbärmlich nennt, „ähnlich dem menschenmörderischen Dolch eines Brigantio in den Abruzzen“, theils in besonderen „Aufklärungs“artikeln, theils in Randbemerkungen bei Abdruck des Flugblattes, wobei er immer noch die „Landesverbände“ vertheidigt und die Mitglieder und Gauvorstände gegen den Verbandsvorstand scharf macht wegen der Abänderung des Statuts in der nach dem Befehle allein möglichen Form, daß den Mitgliedern ein flagbares Recht auf Unterstützung nicht zusteht. Eine Ursache dieser „Spannung“ zwischen beiden Theilen war auch, daß der Abonnementpreis der „Bereinszeitung“ ohne Weiteres von 1 auf 2 Mark pro Vierteljahr zu Anfang des Jahres 1886 von Horn hinaufgesetzt wurde.

Am 3., 4. und 5. Juli 1886 fand der zweite Delegirten tag in Dresden statt, und zwar, wie bekannt gemacht wurde, „der Delegirten tag der durch Freizügigkeit verbundenen Brauer-Vereine“, wahrscheinlich um den ausländischen Delegirten den Besuch und Theilnahme zu ermöglichen. Vom Ausland waren 2 Vertreter aus Holland und 1 Vertreter aus Oesterreich erschienen, ferner Vertreter aus Leipzig, Magdeburg, Dessau, Hannover, Hensburg, Frankfurt a. M., Hamburg, Berlin (schon 2 Richtungen), Kassel, Stettin,

Chemnitz, Braunschweig und Dresden, im Ganzen 30 Delegirte inkl. Verbandsvorstand, dazu Herr Dr. Schulz bezügl. eines neuen Statuts und der Rentant. Die Mitgliederzahl war auf ca. 3000 angegeben. Die vertretenen Vereine: Hamburg mit 290 Mitgliedern, Leipzig mit 379 Mitgliedern und Oesterreich (Sorgendorf) mit 304 Mitgliedern gehörten dem Verband noch nicht an, erhielten jedoch Stimmrecht. Bei Erledigung der Anträge wurde das Statut in der Fassung bis zum nächsten Delegirten tag belassen und beschlossen, diesem einen neuen, zweckentsprechenderen Entwurf vorzulegen. Der Vorstand wurde ferner beauftragt, die nöthigen Schritte zur Bildung einer Altersversorgungskasse einzuleiten. Die Bildung einer Krankenunterstützungskasse wurde abgelehnt. Anträge auf Gründung von Landesverbänden, Erhöhung des Eintrittsgeldes von 50 Pfg. auf 1 Mk., wovon 50 Pfg. der Verbandskasse zufallen, 50 Pfg. den Gauvereinen verbleiben sollten, ferner auf Erhöhung der Beiträge von 30 auf 50 Pfg. monatlich und auf Herabsetzung der Wartezeit für Unterstützung von 30 auf 20 Tage, endlich die Kosten der Delegirten zur Hälfte aus der Verbandskasse zu bestreiten, wurden zurückgezogen.

Zu der Behrungsfrage nimmt der Verbandstag ebenfalls Stellung. Von Rostock-Leipzig wird als besonders bemerkenswerth angeführt, daß die große Zahl von Behrungen einer großen Anzahl von Brauereien die Gelegenheit nahm, Beschäftigung zu finden; schon durch die sich steigende Technik wird die Arbeitslosigkeit erhöht werden, die Arbeitslosen in Noth und Elend getrieben. Die Arbeitslosigkeit ist die Ursache der maßlosen Konkurrenz und diese bedingt wieder die Höhe der Löhne. Im Gegensatz zu der ausbreiteten und übermäßigen Behrungsausbildung führt er an, daß viele Brauereien bis 12 Arbeiter beschäftigen und nur 3 bis 4 Brauer. Behringer-Berlin verlangt, an den Reichstag zu petitioniren, daß das Behrungswesen regulirt werde; diese dürften nicht so ausgenutzt werden. Beschlossen wurde auf Antrag Penndorf-Dresden: Die Braumeister zu bitten, im eigenen Interesse das Halten der Behrlinge so viel als möglich einzuschränken. Der Verbandsvorstand soll auf gezieltem Wege dahin wirken, daß ein Meister nicht mehr als zwei Behrlinge halten darf, ferner sollen durch Annonciren die Eltern, vornehmlich in Schlesien, gewarnt werden. Besonders hitzig wird die Debatte bei Berathung der Anträge: Verlängerung des Vertrages mit dem Rentanten, Uebernahme der Zeitung und Anstellung des Redakteurs durch den Verband, beide Anträge vom Gauverein Berlin gestellt, dessen Vorstand auch zugleich Verbandsvorstand war. Dem Redakteur Horn, der auch zugleich Eigenthümer der „Bereinszeitung“ war, wurde von den Vertretern des Gauvereins Berlins, des jetzigen Bundesvereins, bezw. von den Mitgliedern des Verbandsvorstandes gesagt, daß er, trotzdem er sich verpflichtet habe, stets nach den Vorschriften zu handeln, die ihm gegeben worden, auf eigene Faust gearbeitet und den Vorstand bei Seite gesetzt habe; daß bei den eigenthümlichen (näher bezeichneten) Redaktionsverhältnissen den Vorstand in der Zeitung beleidigen kann, wer will, und daß der Vorstand dem nicht entgegen treten könne, weil seine Artikel nicht aufgenommen würden. Der Verbandsvorstand machte sein Verbleiben, sowie des Berliner Vereins im Verband von der Abfertigung Horn's als Redakteur, resp. von der Uebernahme der Zeitung durch den Verband abhängig. Der Berliner Antrag wurde mit 27 gegen 18 Stimmen verworfen, und damit schied der Berliner Verein mit dem Hauptvorstand aus dem Verband. Ein Berliner Delegirter, der auf Seiten Horn's stand, erklärte, daß mindestens 300 Mitglieder den Beschluß der Ausscheidung nicht anerkannten und beim allgemeinen Verband blieben, woraus die jetzige Zahlstelle des Verbandes entstand. Der Rentant wurde schon vorher auf 1 Jahr unter den alten Bedingungen angestellt, der Verbandsrat wurde nach Dresden verlegt und Penndorf provisorisch als Vorsitzender gewählt. Den Vorstand sollte der Verein Dresden wählen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder versuchten, noch am selben Tage 2 Personen zu bestimmen, denen Bücher und Kasse übergeben werden sollten.

Es kamen aber dazwischen noch weitere Schwierigkeiten. Wie der neugewählte Vorstand in der „Bereins-Zeitung“ vom 18. Juli 1886 bekannt gab, verweigerte der bisherige Vorstand trotz seiner abgegebenen Erklärung auf dem Delegirten tag unter nichtigen Gründen

die Herausgabe der Kasse und Bücher, und habe erklärt, daß der Berliner Verein dafür verantwortlich sei und deshalb die Kasse weiter verwalten werde. Ferner drohte er, die Hauptkassse des Verbandes zur Liquidation zu bringen. Von einer Klage seitens des neuen Vorstandes wurde abgesehen und erklärte er, Alles neu anzulegen. Der alte Vorstand berief auf den 6. September einen außerordentlichen Delegirtenstag nach Berlin ein, sich darauf stützend, daß nach dem Statut der Vorstand seinen Sitz in Berlin haben soll und die Beschlüsse des Delegirtenstages demnach nicht gültig seien. Der neue Vorstand rief die Gauvorstände von der Theilnahme an demselben ab, da der alte Vorstand in Folge seines Austritts aus dem Verband, gleichzeitig mit dem Verein Berlin, kein Recht zur Einberufung eines Delegirtenstages habe. Ein Vorschlag des neuen Vorstandes, gemeinsam einen Delegirtenstag einzuberufen, um die Differenzen zu erledigen und eine Verständigung und Einigung herbeizuführen, lehnte der alte Vorstand unter Ausflüchten ab. Inzwischen hatte der Berliner Verein mit dem alten Vorstand eine neue Zeitung ins Leben gerufen, die „Deutsche Brauer-Zeitung“, vermuthlich hauptsächlich deshalb, weil in der „Vereins-Zeitung“ die „Bekanntmachungen“ des alten Vorstandes als im Namen des Verbandsvorstandes nicht aufgenommen wurden. Wie lange die „Deutsche Brauer-Zeitung“ existirt, ist uns nicht bekannt. Das Gebahren des alten Vorstandes wurde von verschiedenen Seiten in der „Vereinszeitung“ scharf und in wenig schmeichelhafter Weise gerügt.

Aber auch von anderer Seite wurden die größten Schwierigkeiten gemacht. Der alte Rentant, wahrcheinlich im Auftrage des alten Vorstandes, forderte die Gauvereine und Einzelmitglieder auf, auch fernerhin an ihn Zahlung zu leisten. Das veranlaßte den neuen Vorstand, in der „Vereinszeitung“ bekannt zu geben, daß bis zur Uebernahme der Bücher und Kasse vom alten Vorstand alle Sendungen von Beiträgen an die Verbandskasse unterbleiben sollen, da der Rentant es nicht mehr mit dem alten, sondern mit dem neuen Vorstand zu thun hat. Er werde nicht verfehlen, gegen den Rentanten gesetzlichen Schutz und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zahlung sollte erst geleistet werden, wenn der neue Vorstand Ort und Zeit hierfür näher bestimmt. Die Kassenstelle des Verbandes wurde dann zum 1. Oktober nach Dresden, dem Sitz des Verbandsvorstandes verlegt; der alte Rentant, welcher 600 Mk. Entschädigung für seinen Rücktritt verlangte, wurde mit 200 Mk. abgefunden, nachdem er der Aufforderung, nach Dresden überzuziehen, nicht nachkam.

Mit dem 29. August übernahm der Vorsitzende, Pennendorff, die Redaktion der „Vereinszeitung“, weil er hoffte, dadurch den ausgetretenen Berliner Verein zum Wiedereintritt zu bewegen, doch ohne Erfolg. Der vom alten Vorstand einberufene außerordentliche Delegirtenstag fand am 6. September statt, nach der Tagesordnung: „um die statutenmäßigen Vorbedingungen zu schaffen, damit die auf dem Delegirtenstage zu Dresden gefaßten Beschlüsse in Vollzug gebracht werden können“ und bezüglich der Verlegung des Verbandssitzes entsprechende Anordnungen im Statut zu treffen, Dresden als Verbandssitz zu bestimmen und Bücher und Kasse nach Prüfung durch einen vereidigten Revisor zu übergeben und dem alten Vorstand Entlastung zu ertheilen.

In diesem Delegirtenstag nahm von dem neuen Vorstand nur der Vorsitzende und noch ein Kollege in Vertretung der Gauvereine theil, wo ihm dann die Bücher und die Kasse übergeben wurden. In seinem Rechenschaftsbericht von Juli 1886 bis Juni 1887 erklärte der Vorsitzende Pennendorff, daß man durch die Verzögerung der Uebergabe weiter nichts erreicht habe, als dem Verbands nicht unbedeutende Mehrausgaben und den mit der Vertretung des Verbandes Beauftragten manche persönliche Opfer aufzuerlegen.

Geld war kein Fennig in der Verbandskasse, sondern ein Defizit von 642,47 Mk., welches der Berliner Verein aus den Beiträgen der Mitglieder gedeckt hatte, welche er mit den Eintrittsgeldern, die in die Verbandskasse gehörten, zusammen vermarktet hatte und welchen Betrag er nun vom Verbandsvorstande einforderte. Der Verbandsvorstand berief sich darauf, daß alle Gelder, auch die Beiträge, Verbandsgelder seien, sie seien nur in Selbstverwaltung der Gauvereine zu Unterhaltungszwecken verblieben. Er hielt deshalb den Verband nicht für verpflichtet, die von dem Berliner Verein erhaltene Mehrausgabe zu decken, forderte vielmehr die Auszahlung der noch verbleibenden Summe von 744 Mk.; doch da im Statut keine genaue Bestimmung darüber enthalten war, daß die eingenommenen Beiträge eines Vereins nach Austritt desselben dem Verband auszuliegen seien, ließ er die Sache auf sich beruhen. Im November desselben Jahres wendet sich der Vorsitzende des neu gegründeten Gauvereins Berlin, H. Hülpert, in der „Vereinszeitung“ gegen die vom Vorstande des ausgeschiedenen Berliner Vereins ausgehenden Gerüchte, daß die Auflösung des Verbandes bevorstehe.

Korrespondenzen.

Niederrhein. Am Sonnabend, den 14. September, war Kollege Wittich, Frankfurt, mit der Direktion der S. A. B. in Unterhandlung betr. der Sozialkommission, wie sie in Nr. 37 unserer Zeitung geschildert waren. Herr Direktor Dechener hat mit Wittich diese Punkte besprochen und versprochen, ihm schriftlich Mitteilung zu machen. Das Schriftstück wurde uns dann von Frankfurt aus zugehört, aber es waren lauter leere Phrasen. Die Direktion schreibt: Der Beirathende hatte da und da frei und der Andere da. — Aber wo sind die Sonntag zu erhalten? Hieron schreibt die Direktion nichts.

Die Direktion theilt auch ferner mit, daß der Reichsmeister Schanz ein alter Burche und 18 Jahre im Betriebe. Weiß es die Direktion nicht, oder will sie es vielleicht nicht wissen, daß Schanz schon einmal 2 Jahre vom Geschäft weg war und eine Weichheit betriebe? Zählt es vielleicht auch mit, wenn ein Burche vor Jahren in einem Betriebe war und kommt nach Jahr und Tag wieder dorthin in Stellung? Oder zählt die Direktion gleich dann wieder den Wohnungszuschuß heraus? Wir glauben, dann muß wieder 1/4 Jahr gemartet werden und heißt es: Sie sind noch kein Vierteljahr im Betriebe. Die Kollegen ersehen auch hieraus wieder, wie die Direktion befreit ist, „Frieden“ mit ihren Arbeitern zu erhalten. Aber die Zeit wird noch kommen, wo auch die Arbeiter aus ihrem Harmoniebusel erwachen, wenn es ihnen einmal an den Krug geht. Darum, Kollegen, macht auf, geht wieder hin, wo Ihr vor Jahren wartet, damit wir den Herren ihrer ungerechten Handlungswiese unsere Einigkeit entgegenstellen können. Zu einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung laden wir hiermit alle Kollegen ein.

Bremerhaven. Eine öffentliche Versammlung fand am Donnerstag, den 19. September, im „Ballhof zur Eiche“ statt. Der Verbandsvorstand Bauer aus Hannover sprach über Wirkung des Zolltarifs auf das Braugewerbe. Er wies nach, daß durch die geplanten Erhöhungen der Zölle auf Gerste, Mais und weitere zur Bierbereitung erforderliche Produkte das Bier um 1,50 Mk. pro Hektoliter verteuert würde, was eine Erhöhung des Bierpreises nach sich ziehen oder den Bierkonsum einschränken müßte. Das würde wieder Arbeitslosigkeit im Braugewerbe zur Folge haben. Der Redner besuchte dann des Näheren die ungeheure Mehrbelastung des Arbeiterhaushalts durch die in Aussicht gestellten Zollerhöhungen. Mit einer Mahnung an die Indifferenten zum Anschluß an die Organisation schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Unter Verschiedenem wurde dann noch die Arbeitsordnung der Kaiserbrauerei einer abfälligen Kritik unterzogen. Es ist Arbeitern zugemuthet worden, dieselbe, da sie nur der Form wegen da sei, ungelesen zu unterschreiben, Kontorangestellte verlangten des Sonntags Morgens Pferdeappell und Fußmarsch von den Bierkutschern, eine Arbeit, die mit Wagenwaschen etwa 4 Stunden, also bis in die Kirchzeit dauern würde. Die Bierkutscher weigerten sich dessen und wurden nun laut der famosen Arbeitsordnung, die nicht einmal im Betriebe aushängt, Jeder in 3 Mk. Strafe genommen. Von verschiedenen Rednern wurden Einzelheiten über die schlechte Behandlung der Arbeiter der Kaiserbrauerei angeführt und das Verhalten derselben scharf verurtheilt.

Breslau. Die Versammlung am 17. September, welche sehr gut besucht war, beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Werth einer Statistik im Braugewerbe. Schriftsteller Kant, welcher darüber Vortrag hielt, erläuterte den Werth und Zweck einer Statistik und beschloß die Versammlung, den Vorstand zu beauftragen, die Vorarbeiten dazu baldigst in Angriff zu nehmen. Ein Antrag der bereits organisierten Hilfsarbeiter, eine eigene Sektion derselben zu gründen, wurde angenommen. Bei Punkt „Verschiedenes“ wurde das Verhalten des Herrn Braumeisters Göbel, Brauerei Kipke, scharf kritisiert. Die Stellungsklassen Gesellen, welche sich arbeitssuchend schriftlich an ihn wenden und für gütige Beantwortung eine Retourmarke beilegen, warten umsonst auf Antwort. Jedenfalls kein schöner Zug einem Stellungsklassen Burche gegenüber, welcher vielleicht seinen letzten Groschen dafür verausgabt und nun mit Ungeheiß die „gütige“ Antwort erwartet. Für Breslau ist dieses doppelt bedenklich und scheint doch die „Wurdenherrlichkeit“, wie wir schon immer sagten, nur noch bei Feilheitsknoten, Wohnfragen und Arbeitszeitverlängerungen zu Tage zu treten. Auch über die Arbeitszeit in der Brauerei (Alter Weinboden) wurde von Burchen, welche dort gearbeitet, sehr geklagt, dort wird sogar während des *h a p i g o t t e s b i e n t e s* gearbeitet mit dem Bemerkten, wenn auch ein Schuzmann kommt, das Schadel nichts, da bezogen wir 3 Mk. Strafe, und die Leute arbeiten — ruhig weiter. Ja, die Arbeit der Leute wiegt auch reichlich die 3 Mk. auf, nicht wahr? Jedenfalls sieht man hieraus, wie die Gesetze, welche das Wohl des Arbeiters im Auge haben, von Seiten unserer Herren Arbeitgeber respektirt werden, dagegen die Gesetze, welche den Arbeiter in die Gewalt des Arbeitgeber bringen, oh! auf die stützt man sich und die werden auf das Feinlichste befolgt (Gewerbegesetz zc.). Es kam noch einiges Andere zur Sprache, doch werden wir uns dieses noch zurückstellen, um später auf Wunsch — „mehr und besser“ dienen zu können. Sechs neue Mitglieder wurden am Schluß der Versammlung aufgenommen.

Frankfurt. Am Mittwoch, den 25. September, tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Die englische Gewerkschaftsbewegung. Referentin Frau D. David aus Mainz, Referentin schilderte in leicht verständlicher Weise die englische Gewerkschaftsbewegung, dann übergehend auf die Genossenschaftsbewegung, welche in keinem Lande so große Erfolge hatte, wie gerade in England. Durch die vielen Fabriken, welche die kleinen Handwerksmeister immer mehr vertrieben, sahen sich diese genöthigt, ihr Geschäft selbst aufzugeben und in der Fabrik ihr Brot zu suchen. Dies führte dazu, daß der Umhang die Löhne reduzirte, die Arbeitszeit verlängert wurde und so die Verelendung des Volkes immer mehr zu nahm. Dadurch wurden die Arbeiter zur Erkenntniß gebracht, selbst Genossenschaften zu gründen. Große Verdienste erwarb sich Robert Owen, Sohn eines Sattlers, nachheriger Direktor und Mitbesitzer einer Grob-Spinnerei in Manchester, welcher durch Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit und Lohnerhöhung die sittliche und moralische Verumpfung des Volkes eindämmte. Ein Zirkular an die anderen Fabrikbesitzer, worin er diese aufforderte, nicht allein für ihr todtes Maschinenmaterial, sondern auch für das lebende zu sorgen, brachte ihm nur die Feindschaft aller anderen Besitzer, welche sich in ihrem Profitte geschädigt sahen. Man gründeten 44 Feinwand-Weber einen Konsumverein, welcher mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen hatte, da den Arbeitern das Vertrauen fehlte, und nur durch Muth und Ausdauer der 44 Pioniere war es möglich, daß bereits nach 6 Jahren (1850) der Konsumverein 500 und im Jahre 1887 bereits 11 000 Mitglieder zählte. Der Ueberflus, welcher im Jahre 1887 allein bei 5 Millionen Umsatz 900 000 Mk. betrug, wurde zu eigenen Fabrikanlagen, Schlauchtrennen, Bädereien, sowie zur Erbanung von Schulen zur Volksbildung verwendet. Das Beispiel fand Nachahmung und so zählte man im Jahre 1900 1464 Genossenschaften mit rund 1 700 000 Mitgliedern. Rednerin erziele lebhaften Beifall. Zu der Diskussion befragte Wittich das hiesige Genossenschaftswesen und forderte die Anwesenden auf, ihre Einläufe, da jetzt auch in Sachsenhausen ein Laden eröffnet ist, dort zu machen. Unter Verschiedenem kommt Wittich auf die zwei Artikel der „Vereinszeitung“ zu sprechen, welche von Frankfurt aus eingeschickt sind, die gerade das Gegentheil enthielten, was die anwesenden Bundesmitglieder vorbrachten, und kennzeichnete den Bundes-Redaktor, der solch beschämende Artikel annimmt. Des Weiteren wurde noch bekannt gegeben, daß der Braumeister der Brauerei Henninger den Organisierten verbietet, Plakate in dem Schlander aufzuhängen und die „Sozialstimme“ ins Geschäft bringen zu lassen, während „Vereinszeitung“ und „Generalanzeiger“ sich frei im Geschäft bewegen dürfen. Zähler ermahnt an den bevorstehenden Zolltarif, und fordert alle Anwesenden auf, sich am kommenden Sonntag recht zahlreich bei der Unterschriften-Sammlung zu betheiligen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die anwesenden Nichtmitglieder auf, in den Zentralverband einzutreten, die Arbeiterpresse zu abon-

niren, da sie unsere beste Waffe sei, um so mit vereinter Kraft den Mithänden, welche eben wieder so kräftig hervortreten, entgegenzutreten zu können.

Greiz. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referirte Kollege Bauer-Dannover über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, speziell der in Brauereien und Malzereien beschäftigten, und ihre Bedung durch die Organisation.“ In seinem Vortrag erläuterte der Referent zunächst die Organisation des Unternehmertums im Braugewerbe, sowie das Bestreben desselben, sich immer enger zusammenzuschließen zwecks Wahrung seiner Interessen, sei es gegenüber den Arbeitern oder den Konsumenten. Im Weiteren hob Redner die technischen Vervollkommnungen im Braugewerbe hervor, sowie das Bestreben der Unternehmer, nur jüngere Arbeiter zu beschäftigen. Ferner erläuterte er die schwere und aufreibende Arbeit im Braugewerbe, durch welche die Arbeiter frühzeitig stoch und unfähig würden, ihren Beruf noch auszuüben. Er hob auch besonders die lange Arbeitszeit der Bierfahrer hervor, durch welche ein großer Theil der Unglücksfälle in dieser Kategorie herbeigeführt werde, sowie daß die Löhne derselben in keinem Verhältnis zu dem Aufwand an Bekleidung u. s. w. stehen. Ferner wurden den Anwesenden die Folgen bei Annahme des geplanten Zolltarifentwurfs, sowie der Druck, durch dessen Annahme auf die Lebenshaltung der Arbeiter ausgeübt würde, vergegenwärtigt. Im weiteren Verlauf seines Referats führte der Vortragende die Vortheile vor Augen, welche die Organisation ihren Mitgliedern bietet, sei es in Betreff der Kranken-, Arbeitslosen-, Umzugsunterstützung, bei Maßregelung u. s. w., und führte die bedeutenden Summen auf, welche der Verband im letzten Jahre für diese Zwecke ausgegeben hat; er betonte ferner, daß die in den hiesigen Brauereien durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit, sowie Erhöhung der Löhne nur allein der Organisation zu danken sei. Zum Schluß forderte Redner die noch der Organisation fernstehenden auf, sich ihren organisierten Kollegen anzuschließen, mit ihnen Schulter an Schulter für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen, in ihrem eigenen, im Interesse ihrer Familie. Es fanden acht Aufnahmen statt.

Hamburg. (Sektion I.) Mitglieder-Versammlung vom 22. September bei Horn, Hohe Bleichen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Geilbold durch Erheben von den Sigen. Zum Protokoll wurde richtig gestellt, daß der Kollege Fein nicht aus dem Verbands ausgeschlossen, sondern seiner Rechte im Arbeitsnachweis sowie der Unterstützung so lange verlustig sei, bis er seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Das Stützungsgefand bei Springborn (Zietke's Stabliement) statt. Ein Herbstvergnügen beschloß man beim Kollegen Klein in Nothensburgsort abzuhalten. Zum Kartellbericht führte Döllinger aus, daß man seiner Zeit die Errichtung eines Gewerkschaftshauses in das Kartellregulativ aufgenommen habe. Die zu diesem Zwecke eingesetzte Subkommission habe nunmehr Bericht erstattet, das Projekt sei mit beschr. Hastpflicht geplant. Für uns sei nun die Frage, ob wir uns als Verein daran betheiligen wollten. Nach längerer Debatte wurde die Angelegenheit sammt den gestellten Anträgen zur nächsten Tagesordnung zurückgestellt. Sodann berichtete Döllinger über die Unterhandlungen auf der Union- und der Hollsten-Brauerei. Auf ersterer Brauerei handelte es sich um die Entlassung des Kollegen Golze. Der Braumeister und der Direktor hätten versucht, die Entlassung zu rechtfertigen. Die Kommission habe die Gründe nicht für stichhaltig erachtet, jedoch sei die Gelegenheit für uns erledigt, indem der Kollege auf seine Wiedereinstellung verzichtet habe. Auf der Hollsten-Brauerei habe man den Kollegen G. bei Beendigung der Maßregelungskampagne ausgestellt und jetzt habe man, trotzdem er der Erste war, zwei Mann vor ihm eingestellt. Redner schilderte das schroffe Entgegenkommen des Braumeisters. Am Schluß der Unterhandlung habe er jedoch erklärt, daß der beiz. Kollege anfangen könne. Von der Bergschloß-Brauerei in Stade wurden wieder einmal trasse Zustände berichtet. Der Vorstand wurde beauftragt, in dieser Angelegenheit Schritte zu thun. Döllinger berichtete, daß die Kollegen der Hansa-Brauerei in einer Geschäftsitzung, der er beigewohnt, beschlossen haben, wenn der Kollege K. wieder eingestellt würde, mit demselben nicht mehr zu arbeiten. Jed bemerke, daß der Kollege K. auf der Marienthaler Brauerei jedenfalls durch die Maßregelung zurückgewiesen worden sei. Die Versammlung verwarf den Geschäftsbeschluss, da die Beschuldigungen gegen K. nicht erwiesen seien, erklärte jedoch das Verhalten des K. als unethisch. Der Vertrauensmann der Marienthaler Brauerei wurde durch Versammlungsbeschluss beauftragt, bei der Geschäftsleitung anzufragen, weshalb K. zurückgewiesen sei. Ein weiterer Beschluss besagt, daß, wenn K. nicht auf der Marienthaler oder Hansabrauerei in Folge der Maßregelung eingestellt würde, dann die Kollegen der Hansabrauerei die Unterstützung für K. bezahlden müßten. Tische machte die referirenden Mitglieder aufmerksam, ihre Beiträge zu belegen, ferner bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit sich sofort anzumelden, falls man der Unterstützung nicht verlustig gehen wollte. Ferner machte er bekannt, daß für die Glasarbeiter weiter gesammelt werden sollte.

Hamburg. Eine Protestversammlung gegen die geplanten Zollerhöhungen tagte am 29. September, in welcher Kollege Bauer referirte. Die Versammlung war von 600 Personen besucht und nahm einstimmig die Resolution des Hauptvorstandes (siehe unter Hannover) an.

Heilbronn. Die Protestversammlung am 29. September gegen die Zollerhöhungen war von 100 Personen besucht. Kollege Bierer-Schnittgart referirte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Hannover. Eine Protestversammlung gegen die geplanten Zollerhöhungen fand am 26. September im „Ballhof“ statt. Nach einem ausführlichen Referat des Kollegen Bauer über das auf Tagesordnung stehende Thema und der Erläuterung der Gefahren, welche den Arbeitern im Allgemeinen und den in Brauereien, Malzfabriken und Bierneidelagen beschäftigten Personen im Besonderen durch die Zollerhöhungen drohen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 26. September 1901 im „Ballhof“ tagende, von 300 Personen besuchte Versammlung aller in Brauereien, Malzfabriken und Bier-Niederlagen beschäftigten Personen erhebt Protest gegen die beabsichtigte, sowie gegen jede Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle, weil durch diese die Lebensmittel verteuert, die jetzt schon überaus schlechten Lebensverhältnisse der Arbeiter noch mehr verschlechtert, die Arbeiter zur größten Einschränkung und Entbehrung gezwungen würden; ferner, weil durch die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Arbeiter der Waarenverbrauch und die Waarenproduktion sich in demselben Maße vermindern, Tausende und Zehntausende Arbeiter brotlos würden, Noth und Elend im höchsten Grade die Arbeiterklasse treffen würde.“

Die Versammlung protestirt im Besonderen gegen jede höhere Besteuerung des Bieres in jeder Form — ob durch höhere Besteuerung der Brauerei-Rohprodukte oder durch eine direkte Biersteuer —, da das Bier ein Nahrungsmittel und schon jetzt über Gebühr durch die Zölle, Landes- und Gemeindesteuern belastet ist und ferner durch eine weitere höhere Besteuerung Tausende von in Brauereien, Malzfabriken und Bierneidelagen beschäftigten Personen arbeitslos würden, sei es durch eine Erhöhung des Bierpreises und verminderten Verbrauch, besonders bei der durch die geplante Nahrungsmittelvertehrung geschaffenen Nothlage, sei

es durch zu Grunde gehen einer großen Zahl Klein- und Mittel-Brauereien, welche eine höhere Besteuerung erdrücken würde.

Die Versammlung erwartet vielmehr zur weiteren Ausbreitung des Konsums des Bieres als nahrhaftes Volksgetränk und zur Bekämpfung des anerkannt schädlichen Schnapskonsums eine Verminderung der Biersteuern.

Die Versammlung erwartet deshalb von allen arbeitserfreundlichen Vertretern im Reichstage „am Mindesten eine glatte Zurückweisung aller Versuche der höheren Besteuerung des Bieres und aller Nahrungsmittel.“

Alsdann berichtete die Bohntommission, daß die Differenzen mit der bindenden Aktienbrauerei beigelegt und der zu Unrecht Entlassene, sowie die wegen Mangel an Arbeit Entlassenen wieder eingestellt seien. — Mehr als bedauerlich ist, daß bei dieser für alle so wichtigen Frage die Versammlung so verhältnismäßig schwach besucht war. Wenn man auch ca. 100 Personen von den hier Beschäftigten abrechnen kann, welche Nachrichten hatten und sonst nicht zur Stelle sein konnten, so fehlten immer noch gut 200 Personen, welche hätten da sein können und müssen. Diese Saumlosigkeit sollte am allermeisten in Hannover vorhanden sein.

Hannover. Ueber die Verhältnisse in der Waldschloßbrauerei, Inh. Meinh. Sährle, Waldshut in Baden, wird uns folgendes von einem Kollegen geschrieben: „Ich bin von Sipp in Freiburg nach der Waldschloßbrauerei in Waldshut ver- schickt worden und bin nun endlich froh, aus dem „Glenborado“ wieder herausgekommen zu sein. Die Kollegen werden von der Brauerei alle von Sipp geholt und sind sie zu bedauern, für eine solche Arbeitsstelle auch noch Ber- mittelungsgebühr zahlen zu müssen. Innerhalb 3 Monaten sind 10 oder 12 Kollegen fort, Herr Sipp macht natürlich ein gutes Geschäft, wenn er viele solcher fleißigen Abnehmer hat, als die Waldschloßbrauerei in Waldshut. Ich war leider einmal so dumm, mir von Sipp eine „gute Stelle“ verschaffen zu lassen, doch zum zweiten Mal werde ich, und wahrscheinlich auch meine Leidensgenossen, mich für Sipp's „Arbeitsvermittlung“ bedanken. Die Arbeitsverhältnisse in der Brauerei sind folgende: Angefangen wird früh 4 1/2 Uhr; nach 2 1/2 Stunden, um 6 1/2 Uhr, gießt Kaffe mit 1/4 Stunde Pause. Zum Frühstück kommt man um 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, auch 11 1/2 Uhr, also oft 7 bis 7 1/2 Stunden arbeiten mit dem bischen Kaffe. Den ganzen Tag geht's: „Hopp, hopp!“, „Vorwärts!“, „Macht, daß Ihr fertig werdet!“ Nichts als Treibererei. Abends um 6 1/2 Uhr ist Feierabend. Dann kommt aber Nacht's noch Bierladen, 1/2, 1 auch 1 1/2 Stunden, wofür auch nichts vergütet wird. Freien Sonntag giebt es keinen. Gearbeitet wird Sonntags von früh 5, auch 4 Uhr, bis 8 Uhr, und alles Arbeiten, die an Wochentagen gemacht werden können, z. B. Gesch. herrichten, waschen, weissen, verschleifen Senfblätter ausrauben, dann hopp, hopp, in den Eis- seller, alle vorwärts, gefällt es Dir nicht, los, los! In einer Stunde zwanzigstel Arbeit, dann kommt der Braumeister und sagt: Ihr müßt Euch dran halten, daß es geht, und schaut zu. Arbeitsordnung ist keine ausgehängt. Kündigung 14 Tage. Der halbe Monatslohn wird einbehalten, damit keiner ausspannt. — Wir wollen dem nichts hingufügen.“

Karlsruhe. Am Sonntag, den 14. September, fand eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Die wirtschaftliche Krise und ihre Bedeutung für das Brauereigewerbe“, welche trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Der Referent, Kollege Bosh aus Mannheim, erläuterte in klaren Worten die heutzutage Lage der Brauereiarbeiter und die Folgen der neuen Zolltarifvorlage. Redner unterzog die Interesslosigkeit der Kollegen einer scharfen Kritik. Wäre die Interesslosigkeit nicht eine so große, so wären überhaupt in den Brauereien ganz andere Verhältnisse. Dieses könne nur durch eine planmäßige Agitation, durch enge Zusammengehörigkeit aller Berufsangehörigen erlangt werden. Ein jedes Mitglied solle bloß einen weiteren Kollegen dem Verbande zuführen, dann könnte viel mehr getan werden von Seiten des Verbandes. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige, im „Prinzip Feinrich“ tagende gutbesuchte Brauereiarbeiter-Versammlung erklärt in der Erhöhung der Getreidezölle eine schwere Schädigung der Brauereiarbeiter, sowie der Arbeiterschaft im Allgemeinen und protestiert daher mit aller Entschiedenheit gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle.

Kassel. Am 21. September fand eine gut besuchte Versammlung statt. Als Delegierte in das Kartell wurden gewählt: Piaskowski und Berhold. Ein Antrag des Vorsitzenden zur Gründung einer Lokalkasse wurde abgelehnt. Nach Besprechung einiger Mitstände in der Geruldes-Brauerei wurde das Benehmen des schon bekannten Grundlach, Hessische Aktien-Brauerei, Wehdeiden und des H. Braun gerügt. Letzterer habe sich nicht entschüldigt, seinen Kollegen während der Arbeit Schläge anzubringen und zu beschimpfen, auch hat er einen gehorcht, und trägt Alles dem Braumeister zu, auch solches, das das Geschäft garnichts angeht.

Helmstedt. Die Generalversammlung vom 15. September war schlecht besucht. Bei Erstattung des Kassensberichts kam es zu einer Diskussion über eine Ausgabe von 4 Mt.; die Angelegenheit soll dem Hauptvorstande zur Berathung übergeben werden. Die Neuwahl des Vorstandes und der Geschäftsausschusses wurde zu einer späteren, hoffentlich besser besuchten Versammlung juristischer gestellt. Die Versammlungen für die Wintermonate finden statt wie bisher jeden 1. Sonntagabend im Monat. Unter Vorsitzendem gab der Vorsitzende bekannt, daß die Kollegen vom Helmstedter Brauhaus 50 Pf. pro Woche Zulage erhielten, ebenfalls werden jetzt noch die Ueberstunden bezahlt. Ein Weihnachts- oder Sylvestervergügen soll abgehalten werden. Zum Schluß wurde der schlechte Versammlungsbesuch noch getadelt und ein gesteilter Antrag angenommen, die säumigen Mitglieder, welche bereits immer dieselben sind, schriftlich einmal einzuladen und ganz besonders auf die §§ 12—16 aufmerksam zu machen.

Zwickau. In der am 15. September stattgefundenen kombinierten Versammlung der Böttcher und Brauer, die sehr gut besucht war, referierte Müller über „Der Einfluß der wirtschaftlichen Krise auf das Brauer- und Böttchergewerbe“ an Stelle des Kollegen Stöcklein-Beipzig, der verhindert war. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, der Ueberzeugung Ausdruck gebend, daß nur eine starke geschlossene Organisation in der Lage sei, wirtschaftliche Krisen ihren Mitgliedern weniger fühlbar zu gestalten. Bezüglich der Verhältnisse in den Brauereien entspann sich eine lebhafteste Debatte über die hiesige Vereinsbrauerei, die in manchen Beziehungen den Tarif nicht einhalten pflegt den Nichtmitgliedern gegenüber. Man war allseitig der Meinung, daß wir keine Veranlassung hätten, für diese Leute die Kastanien aus dem Feuer zu holen, da von 67 Einzeladonen nicht einer zur Versammlung erschienen war. Nur Kollege Köhler pflegt als der einzige Organisirte die Vereinsbrauerei zu vertreten. Auch über die Brauerei Schmidt in Roderow wurde eine heftige Kritik geführt. Dasselbe geschah auch gegenüber dem Braumeister Lorenz-Cainsdorf, der sich puncto Untertreibung wieder etwas Besonderes leistet. Man beauftragte die Bohntommission, hiergegen sofort die nötigen Schritte einzuleiten, wenn Herr Lorenz seine liebenswürdigen Angewohnheiten nicht läßt. Offensichtlich ist es nicht nötig, denn wir sind thatsächlich mit Herrn Lorenz die letzten Jahre vorzüglich ausgekommen und dann liegt, offen gesagt, auch die Schuld viel an den Kollegen selbst, leider! was man eigentlich von organisirten Kollegen nicht erwarten sollte. Dem wurde auch in der Versammlung Ausdruck gegeben.

Die Revisoren Bley und Pfetsch erstatteten den Revisionsbericht, der dem Bevollmächtigten volle Entlastung erteilte. — Bezüglich des Konfliktes in der Zwickauer-Bier- in Zwickau-Böhmig wurde einstimmig beschlossen, die Speere über dieselbe auch weiterhin energisch durchzuführen, welcher Beschluß Herrn Benschel sehr schwer im Herzen liegt, denn er weiß sich keinen Rath mehr. Es wird ihm das Ueber- auch mirklisch schwer gemacht; der arme Mann, der seinen Trost und seine Hoffnung in verschiedenen (!) Kneipen schon vergebens gesucht, ist zu bebauern. — Zu Delegirten im Gewerkschafts- Kartell wurden gewählt: für die Brauer Bley und Müller als Vertreter, Wächler und Froh als Stellvertreter; für die Böttcher Gschlössl als Vertreter, R. Wottek als Stellvertreter. — Das Stiftungsfest soll entweder am 5. oder 17. November stattfinden.

Zwickau. In dem „Sächsischen Volksblatt“ wird folgendes veröffentlicht: Eine recht „eigenthümliche“ Auffassung von den Pflichten seines Postens scheint der Portier der Aktien- Brauerei Cainsdorf zu besitzen. Nicht nur, daß er seit Jahren die Arbeiter des Geschäfts häufig auf alle nur erdenkliche Art und Weise mitanirte und zu manchen recht unlieb- samen Szenen Anlaß gab, sondern er hat es vor allen Dingen auf die Organisation der Brauereiarbeiter abgesehen, die ihm von jeder ein Dorn im Auge gewesen. Ist es doch ver- schiedentlich vorgekommen, daß sich deshalb der „Thorheit“ Befugnisse anmaßte, die er nie besessen, sogar je nach seinem Belieben die Anwesenheit des Braumeisters und des Direktors verweigerte, wie er es dem Unterzeichneten gegenüber wieder- holt getan, kurzum, sich bei den Arbeitern so verhält wie möglich zu machen strebte. Alle Vorstellungen, die mir dieser- halb schon bei der Direktion der Aktien-Brauerei erhoben, fruchteten nichts, denn der Herr Portier scheint ein verheult kurzes Gedächtnis zu besitzen. Die in der Brauerei beschäftigten organisirten Leute wissen sich zwar die eigenartige „Fürsorge“ dieses Mannes möglichst vom Leibe zu halten, können aber nicht verhindern, wenn nun die auf der Reife befindlichen und um Arbeit nachfragenden Brauer und Böttcher die „Aufmerksamkeiten“ des Herrn Portiers über sich ergehen lassen müssen. Daß es dabei auch schon zu erbauhten Ausfällen gekommen ist, wissen wir, daß aber der Portier die Leute, die gern Arbeit haben möchten, erst nach ihrer Organisations- zugehörigkeit ausfragt und sie je nachdem abweisen darf, bescheidet und sogar die Meldung beim Braumeister nicht be- folgt, selbst wenn außerordentliches darum gebeten wird u. s. w., sind Thatsachen, die zwar nicht neu, aber leider uns erst jetzt zu Gehör gebracht wurden. Vor ca. vier- zehn Tagen sprach auch der organisirte Brauer Spühbarth auf der Aktienbrauerei zu; wurde vom Portier mit einem Trunt Bier versehen und dann von diesem nach seiner Verbandszuge- hörigkeit ausgefragt. Da Spühbarth diese ohne Weiteres aus- gab, bedeutete ihm der Portier, wenn er (Sp.) nicht orga- nisirt wäre, hätte er sofort eingestellt werden können; es ginge den Verbandsbräuern allen so, wenn sie älter würden bekämen sie keine Arbeit mehr, Spühbarth solle doch lieber aus dem Verbande austreten. In ähnlichem Tone ging der Veruch der Mitgliedstreibererei, wenn auch erfolglos, weiter. Einige unserer Mitglieder, die unversehrlich Zeugen des Gesprächs wurden, können dies bestätigen und noch mehr. Man ist gezwungen, anzunehmen, daß die Arbeiter in der Aktienbrauerei Cainsdorf ausschließlich von der Gnade des Herrn Portiers abhängen, daß dieser mehr Gewalt und Macht hat, wie der Herr Braumeister und Herr Direktor selbst. Dies kann noch zu Schlimmen führen, die sicher nicht im Inter- esse der Brauerei liegen. Wenn wir zur Ehre der Direktion, wie überhaupt der Brauereireitung annehmen wollen, daß sich diese mit dem die schärfste Kritik herausfordernden Verhalten ihres Portiers keineswegs identifizirt, müssen wir nach vielen fruchtlosen Versuchen, hier eine Aenderung zum Besseren herbei- zuführen, doch einmal öffentliche anfragen:

Wann gedenkt die Leitung der Aktienbrauerei Cainsdorf den hier gerügten traurigen Uebel- stand endlich einmal zu beseitigen?
Zentral-Verband Deutscher Brauer und Be- russgenossen (Zweigstelle Zwickau).
Robert Müller, erster Bevollmächtigter.

Mundschau.

— Den Jahresbericht des Nationalverbandes der Brauereiarbeiter in Amerika erstattete anlässlich der 13. Konvention des Nationalverbandes im September der National-Sekretär-Schlagmeister, Kollege Julius Born, nach welchem der amerikanische Bruderverband in jeder Beziehung höchst erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Er berichtet über einen großen Zuwachs an Lokal-Unions und Mitgliedern. Der Bericht hierüber lautet:

Am 1. September 1900 zählte unser Verband 19 900 Mit- glieder, einschließlich etwa 900 Arbeitslose, und vertheilte sich auf 202 Lokal-Unions und 83 Branchen.

Heute zählt der Verband 26 000 Mitglieder, einschließlich ungefähr 500 Arbeitslose, und vertheilt sich auf 280 Lokal-Unions und 115 Branchen.

Bestes Jahr hatten wir 4 1/2 Prozent Arbeitslose, und heute nicht mehr ganz 2 Prozent. Die fast allgemeine Ein- führung des neunstündigen und an manchen Plätzen sogar des achtstündigen Arbeitstages, sowie die günstige Geschäftslage in der Bierindustrie, haben unfreitlich viel zur Verminderung unserer Arbeitslosen bei- getragen.“

Ueber die Kämpfe wird berichtet, daß es leider noch nicht gelungen sei, mit den Newporter Brauerführern, den sogenannten „Brauer-Wool“ ein Uebereinkommen zu treffen. Doch haben die Herren das Versprechen gegeben, in Wäde zu „steteln“. In Philadelphia weigern sich noch einige Firmen, mit den Lokal-Unions Frieden zu schließen, im Uebrigen waren die große Zahl Kämpfe, die geführt wurden, erfolgreich, eine große Zahl drohender Streiks wurden durch das solidarische Verhalten aller Brauereiarbeiter in den betreffenden Orten überflüssig und ein gütliches Uebereinkommen erzielt. Ueber einen besonderen Vorfall, wo durch die Duertreiberei des dortigen Transportarbeiter-(Teamster-) Verbandes ein Streit heraufbeschworen wurde, wird kurz besonders berichtet. Bekanntlich gehören die Bierfahrer (Fahrer) dem Brauer- verband an, auch durch Entscheidung der U. Fed. of Labor (Generalcommission der Gewerkschaften). Das gerirte aber den Teamster-(Transportarbeiter-) Verband nicht, sich in die Bier- fahrer-Verhältnisse, und mit wenig lauterem Mitteln, einzu- mischen. In der „Amer. Brauer-Zeitung“ wurde seiner Zeit ausführlich darüber berichtet, welche unheilvolle Rolle der Transportarbeiter-Verband dabei spielte. Er schloß, trotzdem er kein Mitglied unter den Bierfahrern hatte, mit der Arbeitgebervereinigungen in Cincinnati in der Zeit, als die Brauereiarbeiter-Organisation in Unterabteilung wegen der Bierführerverordnung mit den Arbeitgebern stand, einen Kontrakt für die Bierfahrer ab, in dem die Löhnsätze weit niedriger waren, als die Brauereiarbeiter verlangten und nach- her auch thatsächlich erhielten. In dem Bericht heißt es kurz darüber Folgendes:

„In Cincinnati hatten wir bei Organisation und Kontrakt- abschluß der Treiber-Union Nr. 175 Schwierigkeiten. Denn wir hätten da nicht nur die gesammten Brauereibesitzer gegen uns, sondern auch den Internationalen Teamster-Verband, der den

Brauereibesitzern in ihrer Noth zu Hilfe eilt und schnell, ohne auch nur einen einzigen Bierfahrer in ihrer Organisation zu haben, einen Kontrakt mit den Herren Besitzern abschloß. Der schöne schlane Plan der Cincinnati Brauereiarbeiter wurde jedoch vernichtet. Selbst Präsident Comper mußte im Beisein von Jimis, dem ersten Beamten des Teamster-Verbandes, erklären, daß die Handlungsweise des Teamster-Verbandes eine nicht- würdige war, und wurde der Kontrakt als null und nichtig erklärt. (Noch ein Argument, weshalb die Konvention der U. F. of L. entscheiden muß, daß alle Brauereiarbeiter unter unsere Jurisdiktion kommen müssen.)“

In letzter Zeit sind noch erbitterte Kämpfe ausgebrochen in New-Orleans und San Francisco. In letzterer Stadt wurden am 29. Juli fast sämtliche Mitglieder der Böttcher-Union auf die Straße gesetzt. Im Ferneren erhielt die amerikanische Verbandsleitung von einem einflussreichen Brauereibesitzer ein Birkalar zugesandt, wonach die Brauereibesitzervereinigungen plant, bei gelegener Zeit mit der Brauereiarbeiter-Organis- sation Krieg auf der ganzen Linie anzufangen. Der Plan ist verrathen und zu Wasser geworden.

Die Agitation wurde recht lebhaft betrieben zur Er- ringung kürzerer Arbeitszeit und Organisirung der noch nicht organisirten Brauereiarbeiter. Auch im Süden, wo früher nichts oder nicht viel zu erreichen war, ist es gelungen, fast alle Brauereien zu unionisiren und fast durchweg gute Kontrakte zu erzielen.

Ueber den neun- resp. achtstündigen Ar- beits tag wird berichtet:

„Als Hauptaufgabe betrachtete es die Verbandsleitung auch im verflohenen Jahre, bei Kontrakt-Erneuerungen speziell auf Verkürzung der Arbeitszeit zu dringen und hatte auch fast immer die gewünschten Erfolge. Der neunstündige Ar- beits tag ist fast allgemein eingeführt. An verschiedenen Plätzen lauten die Kontrakte auf neun Stunden im Sommer und acht Stunden im Winter. An der Pacific-Küste und Texas wurde der achtstündige Ar- beits tag sogar für das ganze Jahr durchgesetzt, auch an einigen Plätzen im Osten und Westen.“

Die Verkürzung der Arbeitszeit erwieß sich als ein großer Segen für unseren Verband, denn trotzdem daß unser Verband um ein Viertel seiner jetzigen Stärke im letzten Jahre zuge- nommen hat, so haben wir, wie eingangs bemerkt, kaum 500 Arbeitslose, also etwa die Hälfte, die wir noch vor Jahresfrist hatten. Unsere Hauptaufgabe ist nun, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen und nicht zu rasten, als bis der acht- stündige Arbeitstag für alle Brauerei-Arbeiter ohne Ausnahme erkämpft und eingeführt ist.“

Das Ublege liegt in wird als gute und humane Ein- richtung geschildert, welches aber nicht überall eingehalten wird. Es handelt sich um das abweichende Aussehen bei flauen Geschäftsgang, ohne Leute zu entlassen. Diese humane Ein- richtung könnte auch bei uns in Deutschland mehr Boden fassen, als bisher gesehen.

Ueber die Beziehungen zu anderen Gewerkschaften heißt es:

„Mit Ausnahme von zwei National-Gewerkschafts- verbänden steht unser Verband mit allen anderen im besten Einvernehmen.“

Die beiden angeführten Verbände sind der Verband der Stationary Engineers und der Stationary Feuerleute. Troz- dem daß heute jeder florierende und heilschende Unionmann zugeben muß, daß solche Gewerkschaften, die auf indu- strieller Basis gegründet, weit bessere Erfolge erzielt haben, und auch ferner (und zwar noch in höherem Maße) erreicht werden, trotzdem unser Verband in der Vergangenheit bewiesen hat, daß wir gewillt und auch im Stande sind, die Lage aller Brauereiarbeiter, einschließlich der Ingenieure und Feuerleute, zu verbessern, so werfen uns die beiden oben ange- führten Verbände einen Knüttel zwischen die Beine, wo immer sie nur können. Wir sind sogar im Stande, zu beweisen, wenigstens an einigen Plätzen, daß gewisse Beamte von Lokal- Unions obiger Verbände mit Brauereibesitzern unter einer Decke stehen, um unseren Verband zu schädigen.

„Daß solche Machinationen für unseren Verband nachtheilig und auf die Dauer unerträglich sind, ist klar, und ist es Pflicht unserer Delegierten zur nächsten Konvention der U. F. of L. darauf zu dringen, daß beiden oben angeführten Verbänden das allem Union-Prinzip höhnsprechende Bandwort gelegt wird. Verlangt muß werden, daß in der nächsten Konvention der U. F. of L. (Gewerkschaftskongreß, D. N.) Klipp und Klar entschieden wird, daß alle Brauereiarbeiter, wie Brauer, Mälzer, Treiber, Stall- leute, Böttcher, Ingenieure und Feuerleute, Deiler und Helfer, sowie alle für stetig angestellte Tagelöhner, unter die Juris- diktion unseres Verbandes kommen müssen, da ja unser National-Charter auch den Titel führt, Vereinigte Brauerei- Arbeiter.“

„Unser Verband ist bereit, wenn für Ingenieure und Feuer- leute in den Brauereien Balancen entstehen, und unsere In- genieure- und Feuerleute-Unions keine Mitglieder außer Arbeit haben, solche Balancen durch Mitglieder obiger Verbände auszufüllen und die Karten solcher Leute anzuerkennen; aber wir müssen darauf bestehen, daß solche Leute Mitglieder von unserem Verbande werden, daß nur wir allein Kontrolle über alle Brauereiarbeiter haben müssen und Kontrakte mit den Brauereibesitzern für alle Brauereiarbeiter abzuschließen berech- tigt sind.“

Zwischen dem Kifer-Verband und unserem Verband, die sich ja bekanntlich auch für Jahre in den Haaren gelegen haben, herrscht jetzt Einigkeit und Harmonie, dank der Eintracht, zu der die Verbandsleitung des Kifer-Verbandes gelangt ist, nämlich, daß es Dummheit wäre, wegen ein paar Kifern, die in Brauereien arbeiten, und manches Mal auch andere Brauerei-Arbeit verrichten, und deshalb sich auch, und das von rechtswegen, unserem Verband anschließen, Radau zu machen.“

Ueber die Finanzen des Verbandes wird berichtet, daß auch in diesem Jahre mit dem Wachsen des Verbandes auch das der Verbandskasse gleichen Schritt gehalten hat, und trotz der riesigen Ausgaben, die auch entsprechende Erfolge aufzuweisen haben, ein netter Ueberfluß erzielt wurde.

Wir wünschen nun, daß unser deutscher Verband dem amerikanischen Bruderverband an Mitgliederzahl, Finanzen und Erfolgen bald gleichkommt; dafür möchte ein Jeder unserer Mitglieder seine ganze Kraft ein- setzen.“

— Auf Veranlassung des Vereins der Brauereien von Hannover und Umgegend fand am 20. September eine Ver- sammlung in Hannover statt, in welcher der neue Zolltarif in Bezugnahme auf seine Wirkungen auf die Brau-Industrie er- örtert wurde. Nach einem einstündigen Vortrage des Syndikus der Handelskammer zu Hannover, Herrn Dr. Hode, über die Zolltarifvorlage, speziell in ihrer Bedeutung für die Brau- Industrie, nahm die von rund 100 Personen besuchte Versamml- ung nachfolgende Resolution einstimmig an:

„Die am 20. September 1901 in Café Rabe zu Hannover versammelten Vertreter des Brauereigewerbes der Provinz Hannover und der angrenzenden Länder erheben nachdrück- lich Einspruch gegen jede Erhöhung des deutschen Einfuhr- zolles auf Gerste, Malz und Hopfen. Jede solche Zoll- erhöhung vertheuert den Brauereien ihre Rohmaterialien und bewirkt somit eine Erhöhung des Bierpreises, die von den Brauereien ausschließlich getragen werden muß. Hierdurch

werden die kleinen und mittleren Brauereien direkt in ihrer Existenz gefährdet und die Exportbrauereien in ihrer Leistungsfähigkeit gegenüber dem Auslande stark geschädigt. Auch die Landwirtschaft — mindestens der Provinz Hannover — wird durch einen höheren Getreidepreis geschädigt, da sie erschieferer Mägen größere Kosten dieser Getreideart aus dem Auslande einführen muß. Das Braugewerbe ist aus technischen Gründen ebenfalls auf den Bezug von Gerste, Mais und Hopfen aus dem Auslande unbedingt angewiesen und die heimische Landwirtschaft, die bezüglich eines großen Teiles dieser Rohmaterialien Lieferant der Brauereien ist, wird nie in der Lage sein, in Quantität und Qualität auch jenen aus dem Auslande bezogenen Meßbetrag zu liefern. Der den deutschen Mälzereien durch den festigen Zoll gewährte Schutz ist vollauf genügend."

— Zwei produktgenossenschaftliche Brauereien haben die katholisch-demokratischen Arbeiterorganisationen in Belgien gegründet. Die eine Genossenschaft in Charleroi, die „Quotiers reunis“ (die vereinigten Arbeiter), die erst 1891 gegründet ist, arbeitet mit einem Kapital von 194 000 Franken (155 200 Mk.), ihr gehörten im Jahre 1899 6800 Mitglieder an, sie betreibt Profabrikation neben der Brauerei. Ihr Umsatz betrug 8 452 748 Kilogr. Brot und 19 159 Hektoliter Bier im Jahre 1899, woraus sich ein Reingewinn von 47 958,85 Frks. (38 367 Mk.) ergab. Die andere Genossenschaft, „Union des ouvriers“ (die Einigkeit der Arbeiter), in Douane ist 1896 gegründet, ihr gehören 1725 Mitglieder mit einem Kapital von 196 000 Frks. (156 900 Mk.) an. Sie betreibt ausschließlich Brauerei und produzierte 10 970 Hektoliter im Jahre 1899, wobei sie einen Reingewinn von 15 110,90 Frks. (12 089 Mk.) erzielte.

— Die Aussperrung der Nordhäuser Tabakarbeiter dauert fort. Von den Arbeitern der Firma C. A. Kneiff sind bis jetzt etwa 118 wegen Kontraktbruchs bzw. Arbeitsniederlegung zu Strafen in der Höhe eines Wochenlohnes vom Gewerbegericht verurteilt. Obwohl von Seiten der Arbeiter geltend gemacht wurde, daß man sich, gleichwie die Fabrikanten, solidarisch erklärt habe, ferner die Firma Kneiff ihren Arbeitern den Anzeigebrief vorgelegt und im Weiteren die übrigen Fabrikanten durch Befragung von Tabak unterstützt hat und somit nach der Lage der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf um Dasein ihnen nichts Anderes übrig blieb, als das Eintreten für ihre kämpfenden gedrückten Brüder, fällt trotzdem das Gewerbegericht einen derartigen Spruch. — Wir empfehlen allen Konjumenten von Kantabak, ihren Bedarf von folgenden Firmen zu beziehen, die den Arbeitern das Kontraktionsrecht gewähren und ihre Arbeiter sämtlich eingestellt haben: Grimm u. Triepel, Hendebe u. Schumann, Walther u. Sevin, Althaus u. Bachrod, Steinert u. Hellmund. Alle anderen lautenden Firmen — es sind deren noch acht — sind als vogelfrei zu betrachten, es ist darum notwendig, nur Kantabak mit einem der oben angeführten Namen versehenen Päckchen zu verlangen. Päckchen ohne Namen oder solche, worauf nur steht „Nordhäuser Kantabak“, sind zurückzuweisen. Alle auf den Boykott oder die Aussperrung bezügliche Mitteilungen sind zu senden an: G. Schmidt, Nordhausen, Schreiberstraße 10.

— Die Gesamtzahl der im Jahre 1900 in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (einschl. der jugendlichen Heiderlei Geschlechter) bezifferte sich nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Königreich Preußen auf 2 464 974 in 132 201 Betrieben. Darunter waren 1896 954 erwachsene männliche Arbeiter, 393 817 Arbeiterinnen über 16 Jahre, 172 409 junge Leute von vierzehn bis sechzehn Jahren und 1794 Kinder.

— Aus dem Reichs-Versicherungsamt. Ueber den Begriff des Unfalls „bei dem Betriebe“ hatte sich kürzlich das Reichsversicherungsamt in einem Streitfalle zu äußern. Ein Maurerergelbe erlitt dadurch einen Unfall, daß er auf der Arbeitsstelle nach beendeter Arbeit von einem Stallboden, auf dem er schlafen wollte, herabfiel und sich das Bein verletzte. Er erhob Anspruch auf eine Unfallrente, weil er wegen der großen Entfernung seiner Wohnung von der Arbeitsstelle zum Übernachten in dem Stalle genötigt, der Betrieb also die Veranlassung des Unfalls gewesen sei. Der Anspruch ist vom Reichsversicherungsamt zurückgewiesen worden, weil das Übernachten der Arbeiter auf der Betriebsstelle nur dann dem Betriebe zugerechnet werden könne, wenn es im ausgesprochenen Interesse des Betriebes läge oder von dem Arbeitgeber im Betriebsinteresse ausdrücklich angeordnet sei. Keiner dieser Fälle war hier gegeben. Wenn der Bauherr dem Mächtigen der Arbeiter auf seinem Gehört nicht widersprochen habe, so sei dies offenbar lediglich im Interesse der Arbeiter geschehen, denen hierdurch besondere Ausgaben für Nachtquartier erspart wurden. Der Aufenthalt des Mägers auf dem Stallboden sei daher seiner eigenen Entschliebung entsprungen, ein durch irgend welche Betriebsinteressen bedingter Zwang habe nicht vorgelegen.

— **Quittungskarten der Rekruten.** Die zur Ableistung ihrer Militärpflicht demnächst einrückenden Rekruten werden gut thun, ihre Quittungskarten über die gezahlten Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung sorgfältig aufzubewahren, da diese nach der Entlassung und bei dem Wiedereintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung abzugeben sind. Die Militärbehörde wird den Rekruten so angeordnet, als hätten sie während dieser Zeit ihre Beiträge gezahlt.

Todtenliste.

Unser treuer Kollege J. Chr. Penk ist wurde uns in Folge Schlaganfalls am 23. September durch den Tod entzissen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Zahlstelle Bremen.

Nach langem und schwerem Leiden starb am 28. September im Krankenhaus zu Kaiserwerth unser langjähriges Mitglied Kollege Wilh. Geise, im Alter von 66 Jahren.

Ihm bewahrt ein ehrendes Andenken

die Zahlstelle Düsseldorf.

Verbandsnachrichten.

* Die Unterflügelungskassenzähler werden hiermit nochmals darauf hingewiesen, ohne Buch keine Unterflügelung auszugeben. Ferner, Gemahregelten-Unterflügelung kann nur dann gewährt werden, wenn das betreffende Mitglied eine Bescheinigung mit Stempel von der Zahlstelle besitzt, wo die Maßregelung erfolgt ist, oder vom Hauptvorstand.

Der Hauptvorstand.

J. A.: G. Bauer.

* Berlin (Sektion der Hilfsarbeiter.) Am 13. Oktober findet die Generalversammlung statt, in welcher u. a. die Neuwahl des Vorstandes zu erfolgen hat. Alles Nähere siehe nächste Nummer der Zeitung und Handzettel. Die Vertrauensmänner werden ersucht, die Kollegen aufmerksam zu machen, etwaige Beitragsreste zu begleichen, da das Mitgliedsbuch zum Besuch der Versammlung legitimiert. Der Bericht über die stützgebundene kombinierte Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzung erfolgt gleichfalls in der Generalversammlung.

* Cottbus. Vorsitzender ist Kollege F. Schmidt, Vereinsbrauerei, Unterflügelung zahlte P. Wogschau, Weststraße 62, Mitt. von 12—1 Uhr, aus.

* Söbelen. Die Wohnung des Vertrauensmannes B. Lehmann ist vom 1. Oktober ab Friedrichstraße Nr. 9, 1. Etage.

* Greiz. Vertrauensmann für Greiz und Umgegend ist G. Solde, Wilhelmstraße 1b Unterflügelung zahlte P. Jeschner, Eichbergstraße 39, Mittags von 12—1 Uhr, aus.

* Würzburg. Unterflügelung zahlte von jetzt ab Kollege B. B. Sch., „Zum Marienberg“, aus. Mitglieder werden jederzeit aufgenommen.

Quittung.

Vom 22. bis 29. September gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Berneck 2,40. Sundhausen 1,20. Bad Eolz 2,40. Duisburg 23,45. Mosbach 3,30. Uelzen 14,45. Neubrandenburg 10,—. Toblau 8,—. Werder 1,95. Werder 80,—. Clausthal 27,20. Beulhen 7,20. Diberach 12,90 Mk.

Für Inzerate ging ein: Hannover 1,—. Springs 4,—. Pomburg v. d. S. 1,—. Union-Brauerei Dresden 1,— Mk.

Für Abonnements ging ein: Brauerfachverein Lun 25,—. Brauerfachverein Winterthur 24,10 Mk.

Berichtigung. In letzter Nummer muß es in der Monatsberichtigung der Hauptkasse hinter Bestand des Internationalen Unterflügelungsfonds heißen: Summa: 67 616,13 Mk., statt 66 716,13 Mk.

Briefkasten.

Funk, Weiskauer. Flugblätter sind an die von Dir bestimmten Adressen gesandt und zwar etwas reichlich. Nach Stettin ebenfalls.

Altes Mitglied in Düsseldorf. Die fraglichen Stempel und Rissen gehören zur Auskaffierung der neugegründeten und zum Ersatz in den bereits bestehenden Zahlstellen. Bei ca. 150 Zahlstellen wird ein Ersatz, wie Du Dir selbst vorstellen kannst, öfter notwendig. Um Dich auch darüber nicht im Zweifel zu lassen, sei Dir mitgeteilt, daß wir hier bei dem größeren Bezug billiger haben inkl. Porto, als wenn die Zahlstellen sie sich selbst anschaffen würden. Bezüglich der „Ausgabe“ — denn das ist doch wohl die Hauptfrage — sei Dir mitgeteilt, daß wir hier schon allein aus dem Grunde nötig haben, weil der vorliegende die Hälfte Zeit unterwegs sein muß, weil die Zahlstellen es verlangen und ganz gewaltig raufkommen, wenn ihrem Verlangen nicht stattgegeben wird, theils weil die Lohnbewegungen keine Unversehrtheit an den Orten erforderlich machen, und weil agitiert werden muß. Zur Beruhigung sei Dir noch mitgeteilt, daß wir länger anschieben, als Du, und jederzeit bereit sind, mit Dir zu tauschen.

lassen, sei Dir mitgeteilt, daß wir hier bei dem größeren Bezug billiger haben inkl. Porto, als wenn die Zahlstellen sie sich selbst anschaffen würden. Bezüglich der „Ausgabe“ — denn das ist doch wohl die Hauptfrage — sei Dir mitgeteilt, daß wir hier schon allein aus dem Grunde nötig haben, weil der vorliegende die Hälfte Zeit unterwegs sein muß, weil die Zahlstellen es verlangen und ganz gewaltig raufkommen, wenn ihrem Verlangen nicht stattgegeben wird, theils weil die Lohnbewegungen keine Unversehrtheit an den Orten erforderlich machen, und weil agitiert werden muß. Zur Beruhigung sei Dir noch mitgeteilt, daß wir länger anschieben, als Du, und jederzeit bereit sind, mit Dir zu tauschen.

Versammlungen finden statt in:

- Alzey. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr.
- Barmen. Donnerstag, den 3. Oktober, bei Kühn, Fischertalstraße. Die Kollegen, die so selten die Versammlungen besuchen, sollten endlich auch einmal ihre Bude dort ausfüllen.
- Bachum. Sonntag, den 6. Oktober, bei Döll.
- Celle. Sonntag, den 6. Oktober, Nachm. 3 1/2 Uhr, beim Kollegen Knopp. Alle erscheinen.
- Chemnitz. Die Versammlung am Sonntag, den 6. Oktober, bei Geidel findet nicht statt.
- Cottbus. Sonntag, den 6. Oktober, Vormittags 11 Uhr: Öffentliche Versammlung aller in den Brauereien, Mälzereien und Biernebelagen beschäftigten Personen bei Kolkwitz.
- Dortmund. Sonntag, den 6. Oktober, Nachm. 2 Uhr, bei Buchmann, 1. Kampstraße.
- Dortmund. Sonnabend, den 5. Oktober: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Lebensmittel- und Bierverküpfung durch die Zölle. Referent: Kollege Bauer, Hannover.
- Düsseldorf. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Erscheinen Aller ist unbedingt notwendig.
- Dresden. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 9 Uhr: Öffentliche Versammlung aller in den Brauereien u. f. w. beschäftigten Personen im Saale Gambrius, Bübnerstraße.
- Hamm. Sonntag, den 6. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Binler, Königstraße 34: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Zollerhöhung. Referent: Kollege Bauer-Hannover. Hieran anschließend Generalversammlung. Die Kollegen von Berl., Soest, Unna, Münster u. f. w. werden ersucht, vollständig zu erscheinen.
- Hildesheim. Sonntag, den 6. Oktober, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei Niehe.
- Langensalza. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung im Lammhauer.
- Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Burgkeller“. Ein besserer Besuch als bisher wird erwartet. Auch wird ersucht, die rückständigen Beiträge wegen Quartalschluß zu begleichen.
- Mühlheim a. d. Ruhr. Sonnabend, den 5. Oktober, bei G. Borgstedt.
- Neutlingen. Sonntag, den 6. Oktober, Nachmittags 2 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Bichter, Hinter der Fruchthalle. Tagesordnung: Die beschlossene Nahrungsmittelverküpfung u. f. w. Referent Kollege Steinhauser aus Stuttgart. Hiernach Rekrutenabschied.
- Schwelmungen. Donnerstag, den 3. Oktober.
- Weiskauer. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr, in der Reichskrone.
- Weimar. Sonnabend, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Goldbrun.
- Werde. Sonntag, den 6. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: Vortrag. Referent in der Versammlung.
- Wiesbaden. Sonnabend, den 5. Oktober, im Vereinslokal.
- Würzburg. Sonntag, den 13. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Restaurant „Zum Marienberg“, Leistenstraße. Mitglieder, sorgt für guten Versammlungsbesuch. In jeder Versammlung werden Mitglieder aufgenommen.

Bergnügungs-Anzeigen.

Duisburg. Am Sonnabend, den 5. Oktober 1901, im Schützenhause (Inh.: Jacob Herz) in Stadum bei Ruhrort: Rekruten-Abchiedsfranzögen. Sämtliche Kollegen von Duisburg und Umgegend sind freundlichst eingeladen. Anfang Abends 8 Uhr.

Inzerate werden ohne vorherige Bezahlung nicht mehr aufgenommen.

Unser treuer Kollege **Amman**, zuletzt beschäftigt in **Vellinona und Locarno**, Kant. Tessin, wird dringend ersucht! Kollegen und Vereinsvorstände, welche den Aufenthalt des betreffenden Kollegen wissen, werden ersucht, dieses zu melden an **Den Vorstand des Brauerfachvereins Bern, Volkshaus.**

Unsern werthen Kollegen **Karl Joseph Landsinger** und seiner lieben Frau **Maria Pfitzer** zu der am Montag, den 7. Oktober, im **Unterböbingen** stattfindenden Hochzeitfeier die besten Glückwünsche.

Die Kollegen der **Sachsenbrauerei Sch.-G.**

Unsern werthen Verbandskollegen **Schmidt, Konrad** und **Kowack** bei ihrer bevorstehenden Abreise zur Ferienkolonie ein herzlichliches **Lebewohl!**

Zahlstelle **Alzey**.
Dörcke & Löhner
Buchdruckerei
Hannover
Burgstrasse 9.

Nachruf.
Unser treuer Verbandsmitglied

Wilh. Geise
(Dortmunder Wilhelm genannt) ist im Alter von 66 Jahren gestorben.

Möge ihm die Erde leicht sein!
Die Kolleg. der **Schwabenbrauerei, Düsseldorf.**

Unsern werthen Verbandskollegen **Wilhelm Keiner** und seiner lieben Frau **Theresia**, geb. **Burm**, zu der am 23. September stattfindenden Hochzeitfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Sektion **St. Gallen** und Umgebung (Schweiz).

Unsern werthen Verbandskollegen **Kuno Guhr** zu seiner Vermählung mit **Fräul. Amalie Jäckel** die herzlichsten Glückwünsche.

Die organisierten Kollegen der **Unionbrauerei Dresden-Neustadt.**

Unsern werthen Verbandskollegen **Gotthilf Reupert** und seiner lieben Frau zu der am 20. September stattfindenden Hochzeitfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der **Angstiner-Brauerei, München.**

Solzschuhe
in allen Sorten, hoch und niedrig, liefert schnell und billig
Joh. Fr. Bartelma,
Bachum, Hellwegstr. 26.

Unsern werthen Kollegen **Franz Karl** (früher Vorsitzender) rufen wir zu seiner Abreise nach **München** ein herzlichliches **Lebewohl!** nach.

Zahlstelle **Barmen.**

Unsern werthen Verbandskollegen **Mathias Meller** und seiner lieben Frau **Susanna**, geb. **Jäger**, zu der am 28. September stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der **Altien-Brauerei Somburg** vor der **Söhle.**

Achtung!
Ein wohlschmeckendes Rauchfleisch, sogenanntes bayerisches Bauerngeflügel, verpackt pro Pfund für 1 Mark an Jedermann
X. Engl Müller,
Rauchfleisch-Verbandsgeschäft in Pfarrkirchen, Niederbayern.

Unsern werthen Verbandskollegen **Walter Wagner** und seiner lieben Frau **Laura**, geb. **Bärenfänger**, wünscht nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche

Zahlstelle **Barmen.**

Solzschuhe ohne Filz
auf Wunsch geripptes od. glattes Leder, leicht gehend — neueste Façon — Preis Mk. 3,50, mit Leder besohlt Mk. 4,50,
speziell für **Brauer.**

H. Schäfer,
Hanau a. M., Schierstr. 5.

Arbeiter-Notiz-

Kalender 1902

Mit mehreren Illustrationen u. A.: Einlauf von **Liebknechts Grab-Denkmal.**
Geb. 60 Pfg., Porto 10 Pfg.

Inhalts-Auszug.
Die neuen Gesetze betr. Soldaten-Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung, erläutert von **Paul Singer**. — Wahlsystemwahl-Ergebnisse in allen Reichswahlen bis August 1901. — Beste Volkshilfsorganisation in Reich, Engländern und Städten über 100 000 Einwohner. — Fränkische Arbeiterführer mit Portraits von **Quade, Jaurès, Willebrand, Baumann**. — Militärlisten-Steigerung seit 94. — Währungsverhältnis über Reichstag und Bundesrat. — **Überholungs-Zerklüftung.**

Gewerkschaftliche Kritik, S. 3.: Deutsche Statistik 1890—1900. Deutsche Gewerkschaftsstatistik. Was können die Gewerkschaften? Adressen der Gewerkschafts-Organisationen, Gewerbe-Inspektoren, Arbeitersekretariate. Neue Arbeiterbeschäftigungen. Praktik. Wünsche für Arbeitsverhältnisse.

gehalten diesmal den Kalender für **Gewerkschaften und Partei** zu einem besonders praktischen und agitativen Nachschlagewerk. Durch jede Buchhandlung zu beziehen. Buchhandlung **Verlags- Berlin SW., Schillerstr. 2.**

Brauer- und Mälzerschule Grimma-Leipzig.

Unter Oberaufsicht des kgl. Sächs. Ministeriums des Innern zu Dresden stehend.

In der Ersten Sächsischen Versuchsanstalt für Brauerei und Mälzerei werden Untersuchungen von Rohmaterialien und Betriebskontrollen sicher und billigst vorgenommen.

Beginn des viermonatigen Winterkurses inkl. Herbstkursus am 15. Oktober 1901, Vorm. 10 Uhr.

Der Neuzeit entsprechend eingerichtetes Institut. — Mächtigste Unterrichtsanstalt. — Neueste billigste und angenehmste Lebensaufenthalt. Nachweislich beste Erfolge. Beschränkte Teilnehmerzahl. Prospekte durch den Direktor

Dr. phil. Paul Dreverhoff.